

Franz-Josef-Wagner

Loyale und gute Kooperation von Politik und Selbsthilfe in Rheinland-Pfalz?

1) Entwicklung der Selbsthilfe in Rheinland-Pfalz

Auf Anregung des Psychiatriereferenten des Landes Rheinland-Pfalz, B. Scholten, trafen sich im Herbst 1995 die Mainzer Psychiatrie-Erfahrenen zur Gründung eines Netzwerkes Psychiatrie-Erfahrener in Rheinland-Pfalz. Am 29.11.1995 fand das erste Treffen in Mainz statt. 20 Psychiatrie-Erfahrene aus Mainz, Trier und Landau waren an der Vorbereitung und der Gründung am 18.05.1996 des LVPE Rheinland-Pfalz e.V. im Rathaus zu Mainz beteiligt.

Schon vor der konstituierenden Sitzung des LVPE Rheinland-Pfalz e.V., anlässlich des Vortreffens für die Gründung am 30.03.1996, fand die Wahl des Vertreters der Psychiatrie-Erfahrenen für den Landespsychiatriebeirat und seines Arbeitskreises statt. Statt einem Vertreter schickt der Landesverband je zwei Psychiatrie-Erfahrene in den Landespsychiatriebeirat und seinen Arbeitskreis. Wir fanden uns durch das „**Gesetz für psychisch kranke Personen**“ (PsychKG) von November 1995 in unserer Entscheidung gestärkt. Hier heißt es: „Ehrenamtliche Hilfen einschließlich der Angehörigenarbeit sowie Projekte der Selbsthilfe sind in die Versorgung psychisch kranker Personen einzubeziehen. Soweit dies deren Wünschen entspricht, haben diese Hilfen Vorrang vor öffentlichen Hilfen.“

Wie sich die Kooperation von Politik und Selbsthilfe seit dieser Zeit entwickelte, will ich nachfolgend erläutern:

2) Kooperation von Politik und Selbsthilfe

Anhand der Projekte des LVPE Rheinland-Pfalz e.V. und der Projekte mit und aus der Politik sowie unserer Arbeit in den Gremien versuche ich die Kooperation zu beschreiben.

2.1) Politik in der organisierten Selbsthilfe

Schon ein Jahr nach der Gründung – mit Anregung und finanzieller Unterstützung aus dem Psychiatriereferat – veranstalteten wir unsere 1. Fachtagung „Alternativen in der Akutpsychiatrie – Soteria“ mit über 100 Gästen

aus dem In- und Ausland. Zu dieser Tagung hielt der damalige Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit, K. Jensen, den 45minütigen Fachvortrag „Möglichkeiten und Alternativen in der Akutpsychiatrie“. Heute ist es normal, dass ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGFF) ein Grußwort überbringt oder einen Fachvortrag hält und anwesend ist. Für den heutigen Abteilungsleiter B. Scholten ist es unabdingbar, mit uns zu sprechen. (Aus diesem Grund unterstützt er den LVPE Rheinland-Pfalz e.V. auch privat). B. Scholten beteiligte sich nicht nur aktiv an den Themen der Fachtagungen, sondern er liest auch die schriftlichen Tagungsberichte, die mit Unterstützung des Ministeriums seit 1998 dokumentiert werden und seit 2004 auf unserer Homepage www.lvpe-rlp.de für alle nachlesbar sind. Unsere schriftliche, optische und akustische Fachtagungsdokumentation 2006 „Wege der Genesung – Wieder in die Gesellschaft“ wurde innerhalb von 8 Wochen über 500 mal angeklickt. Für den 28. September 2007 planen wir mit Unterstützung von der Bundestagsabgeordneten A. Nahles in ihrem Wahlkreis unsere 11. Fachtagung „Traumatische Erlebnisse und psychische Erkrankung – Seelische Verletzungen in der Kindheit als Ursache psychischer Erkrankung“

Ein Jahr nach Gründung (1997) brachten wir unsere Selbsthilfezeitung „Leuchfeuer“ in einer Auflage von 150 Stück heraus. 1998 schrieb Staatssekretär K. Jensen im Vorwort: „... diese neue Zeitschrift des Landesverbandes der Psychiatrie-Erfahrenen ist ein wichtiges Projekt in der Psychiatrie-Szene von Rheinland-Pfalz.“ Wie wichtig das Projekt ist, lässt sich anhand der 10. Auflage (2007 – 350 Stück), Seitenumfang (1997 – 40 Seiten, 2007 – 140 Seiten) dokumentieren und nicht zuletzt an den politischen Würdenträgern (Ministerin M. Dreyer, Ministerpräsident K. Beck), die bisher fürs Leuchfeuer Grußworte schrieben. K. Beck, der 2003 den MUT Preis des Vereins Irrsinnig Menschlich für den Reformprozess in Rheinland-Pfalz erhielt, schrieb 2005: „Alle Beteiligten – die Leistungsträger ebenso wie die Leistungserbringer und die Leistungsberechtigten – verständigen sich auf gemeinsame Ziele und gestalten gemeinsam die Umstrukturierung.“

2.2) Politische Ehrenamtlichkeit in der organisierten Selbsthilfe

Am 24.5.1995 – vor Inkrafttreten des PsychKG – gründete Frau Roswitha Beck, Frau des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz (sowie Vorsitzender der SPD Deutschlands), den „Verein zur Unterstützung Gemeindenaher Psychiatrie in Rheinland-Pfalz“. Mittlerweile unterstützte der Verein mit über 500 000 Euro Angebote für betreutes Wohnen, zur Tagesstrukturierung, zur beruflichen Förderung, Kriseninterventionsangebote und der Selbsthilfe. Frau Beck, die am 6.03.2006, im Rahmen des 16. Kongresses für klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung den D.G.V.T.- Preis erhielt, unterstützt nicht nur

finanziell Projekte des Landesverbandes wie Recovery-Projekte, sondern auch einzelner Selbsthilfegruppen des Landes, die das Ziel Normalisierung haben.



Fachtagung „Wohnen und Betreuen – heute und morgen“ 2005 in Hachenburg
v.l.: R. Beck, h.r.: B. Scholten

Seit 1997 begleitet Frau Beck unsere Fachtagungen nicht nur durch die übernommene Schirmherrschaft, sondern auch immer durch persönlich überbrachte Grußworte. Von den 7 Kuratoriumsmitgliedern ihres Vereins ist ein Mitglied psychiatrieerfahren und Mitglied des Landesverbands Psychiatrie Erfahrener e.V. Viele psychiatrieerfahrene Menschen sind kostenlos Mitglied im Verein zur Unterstützung Gemeindenaher Psychiatrie und der Verein ist Fördermitglied im LVPE Rheinland-Pfalz e.V.

Anlässlich des „Triolog in der Staatskanzlei“ am 03.09.2005 spricht Frau Beck rückblickend über „Anstöße für die Arbeit der Professionellen aus der Sicht des bürgerschaftlichen Engagement“. Neben der „Normalisierung der Lebensverhältnisse“ ist für sie besonders bemerkenswert der „Vorrang der Selbsthilfe und der Angehörigenarbeit vor der professionellen Hilfe.“ Während dieser Veranstaltung zeichnet ihr Mann, Ministerpräsident K. Beck, zwei Professionelle und zwei Psychiatrieerfahrene mit der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz aus.

1998 wählte eine aus 5 Mitgliedern besetzte Auswahlkommission (zwei davon Psychiatrieerfahrene) Bilder aus, ähnlich der Sammlung des Psychiaters Hans Prinzhorn (1886-1933) für eine über 2 Jahre laufende Ausstellung: „Bilder aus gesunden und kranken Tagen“. Die in 1 000-facher Auflage dokumentierten, gebundenen Bilder wurden nicht nur im Landtag präsentiert, sondern auch in vielen Wahlkreisen des Landes Rheinland-Pfalz, und zum Abschluss in der Landesvertretung in Berlin.

Ein ähnliches Projekt: „EigenART-Künstler in ihrem Element“, unterstützte Frau Beck 2004 als Schirmherrin, finanziell und durch ein persönlich überbrachtes Grußwort aus Anlass der Landesgartenschau in Trier.

2006 rief Frau R. Beck zur Einreichung von Projekten zum Best-Practice-Preis auf. 26 Projektbeschreibungen erreichten die Jury aus den Bereichen: Umgang mit Kindern und Jugendlichen, deren Eltern psychisch krank wurden, ebenso wie Projekte, die Arbeit und Tagesstruktur für psychisch kranke Menschen schaffen oder die die Wiedereingliederung von Menschen zum Ziel haben, die auf Grund ihrer Drogensucht straffällig geworden sind. In der Laudatio erklärte Frau R. Beck: „Die Psychiatrie wird gestaltet vom Professionellen ..., Angehörigen ...Schließlich sind es die Psychiatrie-Erfahrenen, die die Psychiatrie von heute prägen. Diese doch eigentlich selbstverständliche Beobachtung war lange Zeit verpönt. Doch wer, wenn nicht die Nutzerinnen und Nutzer eines Systems, können ein solches System besser prägen?“



Best-Practice-Preisverleihung 2006

v.l.n.r. Dr. W. Guth, F.-J. Wagner, M. Zindorf, R. Beck, Preisträgerin (Windhorse Frankenthal), M. Schlimmer-Bär, Preisträger (Windhorse Frankenthal)

2.3) Organisierte Selbsthilfe in den politischen Gremien

Wie bereits dargestellt, begann die politische Arbeit der Selbsthilfe in den Gremien schon vor der Gründung des LVPE Rheinland-Pfalz e.V. im Landespsychiatriebeirat und seinem Arbeitskreis. Daraus folgte die Aufforderung, mit zu arbeiten in den regionalen Psychiatriebeiräten, Psychosozialen Arbeitsgruppen (PSAG) und regionalen Besuchsgruppen. Hier wurde ein Psychiatrie-Erfahrener in einer über 200 000 Einwohner starken Kommune zum stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates und einer zum stellvertretenden Vorsitzenden der PSAG gewählt, in einem anderen Kreis ist

ein Psychiatrie-Erfahrener im Sozialausschuss und wäre 2006 als Nachrücker im Kreistag vertreten gewesen.

Seit einigen Jahren sind wir Mitglied im „Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen Rheinland-Pfalz“, Gründungs- und Vorstandsmitglied des Netzwerks „Selbstbestimmung und Gleichstellung“ und in der Besuchskommission für den Maßregelvollzug gemäß §23 des Maßregelvollzugsgesetzes. Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter e.V. zählt uns ebenso zum Mitglied wie der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) und selbstverständlich der Bundesverband Psychiatrie Erfahrener (BPE). In diesen Gremien haben wir uns ebenso zu Wort gemeldet wie bei der Aktion psychisch Kranke (ApK) zur Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre Psychiatrie-Enquete“. Seit dieser Zeit zählen wir zu den aktiven Mitgliedern in Projekten der ApK und sind Vorstandsmitglied der 2006 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände (BAG GV).

Anfangs war die Situation in den Gremien wie in den anderen Ländern weltweit: Wir wurden einbezogen in die Entwicklung von Versorgungsprogrammen, wir durften an der Entwicklung eines Standards teilnehmen oder mit am Tisch sitzen. Meistens wurden wir erst gehört, wenn die Entscheidung bereits getroffen war. Der Zusammenhang, in dem wir arbeiten, ließ die bestehenden Machtverhältnisse unangetastet. Am Anfang waren die partizipierenden Psychiatrie-Erfahrenen Einzelgänger, die zwar eine Krankheitsgeschichte und Patientenerfahrung haben und mitbringen, aber dennoch ist in den Gremien weder eine politische oder eine historische Einsicht vorhanden, noch durch das Wesen der Betroffenenbewegung oder durch Arbeit an sich selber waren die Gremien objektiv den Anforderungen der Psychiatrie-Erfahrenen gewachsen. Heute werden wir von den unterschiedlichsten Abteilungen des MASGFF um mündliche wie schriftliche Stellungnahme gebeten.

Im Januar 07 berichtet die Ministerin, M. Dreyer, voller Stolz im zweiten Bericht über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen gemäß § 13 des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGGBehM) von der Beteiligung der Psychiatrie-Erfahrenen im Landespsychiatriebeirat. Die Psychiatrie-Erfahrenen erreichten die Einführung eines Krisenpasses sowie die Umsetzung der Behandlungsvereinbarung in Rheinland-Pfalz. „Weiterhin wurde das Fachgespräch zur Frage des Umgangs bei Erstaufnahme und zum Umgang mit Fixierungen in psychiatrischen Kliniken durch die Psychiatrie-Erfahrenen angeregt. ... Die erfolgreiche Arbeit des Landespsychiatriebeirates ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Selbsthilfe als Experten in eigener Sache anerkannt und die Gespräche auf „gleicher Augenhöhe“ zwischen Selbsthilfe und den „Professionellen“ geführt werden.“

Am 9.1.2007 lud der Ministerpräsident K. Beck und seine Frau R. Beck einen Psychiatrie-Erfahrenen in Begleitung seiner Wahl zum Neujahrsempfang 2007 in die Rhein-Mosel-Halle Koblenz ein.

Der Staatssekretär a.D. K. Jensen hat uns nach seinem Amtsantritt zum OB der Stadt Trier, (am 1.4.2007), gebeten, über die drängenden Probleme, deren Lösung von städtischer Seite zeitnah erfolgen könne, zu sich in die Verwaltung eingeladen.

3) Visionen der organisierten Selbsthilfe in der Politik des Landes Rheinland-Pfalz

Die Zukunft der organisierten Selbsthilfe in Rheinland-Pfalz liegt nicht im Bereich des Leistungserbringers im Sinne des SGB XII, wie es in Berlin (Weglaufhaus), Stuttgart (Offene Herberge) und Saarbrücken (Tagesstätte) geschieht. Wir wollen freiwilliges Engagement – Bürgerhilfe – als ehrenamtliche Initiative unterstützen und professionelle Hilfe kritisch begleiten. Unsere seit 10 Jahren bestehende Beschwerdestelle hat schon mehrmals die Finger in die Wunde der professionellen Leistungserbringer gelegt und einiges erreicht. Beispiele für zukünftige Forderungen könnte das österreichische Muster der Zwangseinweisung sein oder das Einfordern von Sitzwachen bei Fixierungen. Aber auch die aktuellen Probleme mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) und die Finanzierung der Psychotherapie durch die Krankenkassen bleibt uns nicht verborgen.

Wir wollen Fortbildungsveranstaltungen an den Fachhochschulen der Studiengänge für soziale Berufe in Rheinland-Pfalz und der Fakultät Psychologie der Universität Trier anbieten. Wir möchten mit den Professoren und den Studierenden überfällige Diskurse führen u.a. über das ambivalente Dogma der Unheilbarkeit psychischer Erkrankungen. Seit einigen Jahren gehen wir in Schulen und berichten mit finanzieller Unterstützung des MASGFF und der logistischen Hilfe der Angehörigen über psychisch kranke Menschen und deren Einbindung in die Gesellschaft. Diese Aktivitäten wollen wir intensivieren und ausbauen.

Wir haben die Vision, ähnliche Filmprojekte wie 2006 das Filmfestival „AusnahmeZustand“ auch wieder in Rheinland-Pfalz zu präsentieren. Öffentliche künstlerische Projekte sollen aufklären über die Kreativität der Psychiatrie-Erfahrenen und sollen das Stigma von psychisch krank diagnostizierten Menschen entmystifizieren helfen. Beispiele von öffentlich positiv besetzten Künstlern und Nobelpreisträgern aus der Vergangenheit und aus der Gegenwart sollen als Identifikationsfiguren für die Betroffenen und auch als „Vorzeigekranke“ genutzt werden: J. Nash, V. Woolf, Nietzsche etc..

Seit 2004 hat das Land Rheinland-Pfalz Versicherungen für ehrenamtlich tätige Menschen abgeschlossen, dadurch erhalten wir durch unser Engagement ein Sicherheitsnetz. Im Gegensatz zur Unfallversicherung sind wir nicht aus der Haftpflichtversicherung ausgenommen. Mit 50 Euro/Schadensfall haben wir bei Personen- und Sachschäden eine Deckung von 2 Mio. Euro und bei Vermögensschaden 100 000 Euro. Dieses wollen wir offensiv mit unseren ehrenamtlichen Aktivisten nutzen um das Risiko der persönlichen Haftung zu minimieren.

Unsere Vision der Selbsthilfe ist nicht identisch mit „Jeder-ist-sich-selber-der-Nächste“, sondern mit der solidarischen Hilfe, d.h. Hilfe, wo der einzelne sich nicht alleine helfen kann. So wurden im 19. Jh. das Genossenschaftswesen und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gegründet, die das Vorbild unserer Aktivitäten der Selbsthilfe und Selbstorganisation sind. Aus diesem Grund werden wir die kollektiven Patientenrechte (Beteiligungsrechte) durch individuelle oder gruppenbezogene Repräsentanz in Verfahren kollegialer Kommunikation und Entscheidung einfordern.

4) Fazit

Die Selbsthilfe hat nicht nur erfolgreiche und gute Schritte unternommen, sondern auch viel erreicht, ohne das dieser Prozess als abgeschlossen zu bezeichnen wäre. Aber wir dürfen auch nicht außer Acht lassen, dass wir erst zusammen mit der fast freundschaftlich zu nennenden Hilfe einer uns wohl gesonnenen, vertrauensbildenden Politik des letzten Jahrhunderts, (die sich immer aus Menschen zusammengesetzt hat, die uns wohl gesonnen sind, siehe oben), die soziale Bedeutung und den Wert bekommen haben, der uns stärkt und auch selbstbewusster und oft genug auch gesünder machen konnte. Dafür unseren Dank an unsere loyale Kooperationspartner.